

«Die Schweiz tut mehr als twittern»

Cassis zu Kriegsverbrechen Bundespräsident Ignazio Cassis verteidigt die Reaktion seines Departements auf die Massaker von Butscha und verurteilt die «Barbarei». Er kann sich vorstellen, dass die Schweiz in der Taskforce zur Jagd auf Oligarchenvermögen mitmacht.

Thomas Knellwolf und Fabian Renz

Herr Bundespräsident, Deutschland und andere Länder haben die Massaker von Butscha klar verurteilt und Russland als Täter benannt. Die Schweiz spricht von «Geschehnissen» und ruft «alle Seiten» zur Einhaltung des Völkerrechts auf. Wieso diese Zurückhaltung?

Zunächst einmal: Ich bin zutiefst betroffen von diesen Gräueltaten. Es gibt kaum Worte, die stark genug wären, um eine solche Barbarei zu verurteilen.

Dies ist aber im Tweet Ihres Departements nicht zum Ausdruck gekommen.

Am Sonntag hat das Aussendepartement zu einer unabhängigen Untersuchung aufgerufen – wir gehörten damit zu den ersten Ländern der Welt. Der Tweet war wohl zu fest in Verwaltungssprache verfasst. So funktioniert aber die Diplomatie. Sie ist vorsichtig. Vergessen wir nicht: Wir sind auch inmitten eines Informationskriegs. Ich habe mich heute Morgen erneut umfassend darüber informieren lassen, was man über die Vorfälle in Butscha bis jetzt konkret weiss.

Und, was wissen Sie konkret?

Ganz sicher gab es eine krasse Verletzung des humanitären Völkerrechts. Ob es Kriegsverbrechen sind, das ist kein politischer Entscheid. Sondern ein rechtlicher. Das müssen die Gerichte klären. Ich als Politiker rede von mutmasslichen Kriegsverbrechen.

Mit russischer Täterschaft?

Alles deutet derzeit darauf hin.

Kann die Schweiz beitragen zur Aufklärung?

Die Schweiz tut mehr als nur twittern. Wir gehörten zu den Ersten, die eine unabhängige Untersuchungskommission beim Internationalen Strafgerichtshof, bei der OSZE und auch im UNO-Menschenrechtsrat in Genf gefordert haben. Wir helfen dort mit – indem wir Fachleute stellen und Geld geben. Wir bewegen auch Länder dazu, den Strafgerichtshof zu anerkennen. Heute sind weder Russland noch Weissrussland, noch die Ukraine Mitglied.

Haben Sie den russischen Botschafter einbestellt?

Die Schweiz hat den russischen Botschafter seit Mitte Februar schon viermal einberufen. Gegenüber Russland findet in Bern und in Moskau kontinuierliche diplomatische Verurteilung statt von allem, zu dem wir Beweise haben.

Im Kreml kommen die Schweizer Sanktionen schlecht an. Der russische Geheimdienst FSB hat Uhren der Schweizer Firma Audemars Piguet beschlagnahmt. Was können Sie gegen solche Repressalien tun?

Wir pflegen engen Kontakt zu betroffenen Firmen. Wir helfen ihnen bei den rechtlichen Angelegenheiten. Die Unternehmen bleiben nicht untätig, sondern gehen den Rechtsweg. Mit unserer Unterstützung.



«Der Krieg und die Gräueltaten belasten mich emotional»: Bundespräsident Ignazio Cassis. Foto: Laurent Gilliéron (Keystone)

Sind die Uhren noch beschlagnahmt?

Soweit ich weiss, ja. Russland sagt, es überprüfe, ob die Zollformalitäten richtig gemacht worden seien. Es geht um viel Geld, die Anwälte der Firma setzen sich dafür ein, dass die Uhren zurückgegeben werden.

Haben andere Schweizer Firmen ähnliche Probleme?

Weitere Beschlagnahmungen sind mir nicht bekannt. Aber die Sorge ist überall gross, insbesondere vor den angedrohten Verstaatlichungen.

Wie erleben Sie Aussenminister Sergei Lawrow, den die Schweiz ja auch sanktioniert hat?

Wir sprechen sachlich miteinander. Unsere Gespräche sind nicht emotional. Klar: Jeder vertritt seine Linie. An unserem Telefongespräch von letzter Woche habe ich deutlich unsere Forderung nach Einhaltung des Völkerrechts und der Schaffung von humanitären Korridoren betont.

«Wir dürfen trotz aller verständlicher Emotionalität die Rationalität nicht ausschalten.»

Wäre ein Öl- und Gasembargo dienlich?

Das ist die grosse Frage, welche den Kontinent seit Wochen beschäftigt. Die einen Experten sagen Ja. Die anderen sagen, dass das die militärische Aktivität Russlands nicht einschränken würde. Ob die EU zu einem Entscheid kommt, ist alles andere als klar. Die Schweiz muss sich dann positionieren.

Was ist Ihre Meinung in dieser Frage?

Der Bundesrat wird zu dieser Frage Position beziehen, sobald sie sich konkret stellt.

Mitte-Präsident Gerhard Pfister fordert «eigenständige Sanktionen» der Schweiz.

Sanktionen zeigen die grösste Wirkung, wenn sie im Verbund mit anderen Staaten getroffen werden. Sanktionen der Schweiz allein treffen Russland leider nicht genügend stark.

Sie wollen erst dann auf Butscha reagieren, wenn die EU reagiert hat?

Sie vermischen hier unterschiedliche Dinge. Die wirtschaftlichen Sanktionen haben das übergeordnete Ziel, den Krieg zu beenden. Das hat nichts damit zu tun, wie sich die einzelnen Länder zu den Gräueltaten und Barbareien in Butscha äussern. Wir sollten übrigens nicht vergessen, dass sich solche Gräueltaten auch anderswo ereignen, vor allem in

Afghanistan oder im Jemen. Nur spricht man darüber bei uns im Westen viel weniger.

Sie finden also, man darf die Sanktionsfrage nicht mit den Ereignissen in Butscha verknüpfen?

Man muss sich einfach fragen, ob man irgendeine Wirkung damit erzielt. Wir dürfen trotz aller verständlichen Emotionalität die Rationalität nicht ausschalten.

Die Schweiz wird schon länger dafür kritisiert, dass sie die Vermögen russischer Oligarchen nicht aktiv aufspürt. Wird man bei der passiv-abwartenden Haltung bleiben?

Das Adjektiv «passiv» ist fehl am Platz. Die Schweiz hat proaktiv die EU-Sanktionen übernommen und schneller umgesetzt als andere Länder, sogar aus der EU. Unser Mechanismus zum Aufspüren der fraglichen Gelder funktioniert. Wir bekommen laufend neue Meldungen.

Cassis muss sich erklären

Das Aussendepartement spricht in seiner Stellungnahme zu den Massakern in Butscha von «Geschehnissen» und «Verstössen». Für die Wortwahl seines Departements wird sich Bundespräsident Cassis erklären müssen. Heute und morgen tagt die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrats, teils in Anwesenheit des Aussenministers, die Stellungnahme des EDA wird Thema sein, wie APK-Präsident Franz Grüter auf Anfrage sagt.

Die Meinungen gehen unter Aussenpolitikern auseinander. Für Nationalrat Eric Nussbaumer (SP) zeigt die Tonalität der Stellungnahme die «aktuelle Not der Schweizerischen Aussenpolitik: isoliert, allein – geopolitisch aus der Zeit gefallen». Mitte-Präsident Gerhard Pfister erwartet, dass der Gesamtbundesrat «klare und deutlichere Worte findet zu den Kriegsverbrechen».

SVP-Politiker Grüter hingegen hält die Reaktion des EDA für angemessen. Zwar kann er nachvollziehen, wenn man das Wort «Verstösse» als zu weich taxiert. Doch das EDA habe erstens von «schweren Verstössen» geschrieben. Und zweitens stehe dieser Ausdruck auch für Verbrechen und Rechtsbruch, sei also klar. Grüter ist zuletzt als «Putin-Versteher» in die Kritik geraten; er fühlt sich falsch wiedergegeben.

Auch FDP-Ständerat Damian Müller zeigt Verständnis für das EDA. Er spricht von einer «unmissverständlichen» Stellungnahme: «Die aktuelle Kriegsführung hat gezeigt, dass jede Nachricht und Information genau beurteilt werden muss.» Für andere Exponenten von Cassis' Partei scheint der Fall klar zu sein. FDP-Chef Thierry Burkart twittert, die Bilder aus Butscha seien ein weiterer Beleg für russische Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung.

Stefan Häne

Eine internationale Taskforce will aktiv nach den betroffenen Vermögen fahnden.

Wird die Schweiz Mitglied?

Wir prüfen eine Beteiligung. Im Moment ist die Taskforce noch nicht aktiv. Wir stehen da aber im engen Austausch mit den USA, die hier den Lead haben werden.

Erlaubt die Neutralität eine Beteiligung?

Ja, weil es um die Sanktionen geht, die wir übernommen haben. Es ist in unserem Interesse, dass sie richtig umgesetzt werden.

Es gab Kritik an Ihrem ersten Auftritt nach Kriegsbeginn. Können Sie diese nachvollziehen?

Wir haben nach dem Kriegsausbruch am 24. Februar rasch reagiert und erste Entscheide innerhalb weniger Stunden getroffen. Ich finde, wir haben es nicht schlecht gemacht. Aber klar: Im Nachhinein findet man immer etwas, das man besser hätte machen können.